

ENERGIEWENDE | Mehr Ehrlichkeit bitte: Für den Umbau unserer Energieversorgung müssen Haushalte und Unternehmen tief in die Tasche greifen. Von Martin Zeil

»Teurer als ein Milchkaffee«

Fukushima und die Energiewende haben ihren Stammplatz auf den Titelseiten inzwischen an die Euro-Krise abgegeben. Das hat Vorteile, weil nachlassendes Medieninteresse eine besonnene politische Entscheidungsfindung mitunter erleichtert. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass die eigentlichen Herausforderungen noch vor uns liegen, vor die uns der radikale Umbau der Energieversorgung stellt.

VERBRAUCHER ZAHLEN

Jetzt muss investiert werden: in erneuerbare Energien, in den Netzausbau, in Gaskraftwerke, in Strom- und Gasspeicher, in die Verbesserung der Energieeffizienz und in die Forschung.

Für all das muss jemand bezahlen. Angesichts der schlechten Kassenlage der öffentlichen Haushalte werden dies vor allem die Stromverbraucher sein.

Bei den zu erwartenden Preiserhöhungen geht es nicht um Beiträge, die ein Milchkaffee oder eine Zigarettenpackung kosten, wie manche Protagonisten der Energiewende gern behaupten. Die preistreibenden Faktoren kennen wir bereits:

Erstens: Die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) wird mit forciertem Anlagenzubau weiter steigen. Eine aktuelle Studie der Technischen Universität Berlin hält einen Anstieg von derzeit 3,5 Cent pro Kilowattstunde auf mittelfristig 6 Cent für möglich. Meines Erachtens eine durchaus konservative Rechnung. Die Netzbetreiber rechnen in ihrer aktuellen Prognose mit bis zu 4,7 Cent bereits in 2013.

Zweitens: Das deutsche Stromnetz muss auf allen Ebenen aus-

gebaut werden. Das gilt für das Drehstrom-Höchstspannungsnetz, für ein neues Gleichstrom-Overlaynetz, für die Netzanbindung der Offshore-Windkraftwerke genauso wie für die ztausend Kilometer neuer Mittel- und Niederspannungsleitungen, die für die Netzintegration dezentraler Anlagen nötig sind. Neue Netztechnologien, sogenannte „Smart grids“, sind notwendig und kosten Geld. Folge für die Netzentgelte: ein Anstieg um etwa zwei Cent pro Kilowattstunde.

Drittens: Die Großhandelspreise an der Strombörsen sind durch die Abschaltung der Moratoriums-Kernkraftwerke bereits um 0,7 bis

»Eine ehrliche Auskunft über die Kosten der Energiewende ist die Politik den Bürgern schuldig«

0,8 Cent pro Kilowattstunde gestiegen. Es ist damit zu rechnen, dass der ausstiegsbedingte Anstieg der Großhandelspreise mit der Abschaltung aller Kernkraftwerke rund zwei Cent pro Kilowattstunde ausmachen wird.

Viertens: Mit Recht versucht der Gesetzgeber, die im internationalen Wettbewerb stehende Industrie – soweit es geht – von diesen Preiseffekten auszunehmen, um keine Arbeitsplätze zu gefährden. So sind kürzlich die Ausnahmeregelungen von der EEG-Umlage auf einen großen Kreis produzierender Unterneh-

men ausgeweitet worden. Auch bei den Netzentgelten gibt es starke Ermäßigungen für die energieintensive Industrie. Damit aber fällt die Preissteigerung für die nichtprivilegierten Verbraucher, also insbesondere Privathaushalte, umso stärker aus.

Rechnet man all diese Effekte überschlägig zusammen, wird der Strompreis für Normalverbraucher von jetzt rund 23 Cent pro Kilowattstunde in wenigen Jahren auf über 30 Cent steigen. Hergerechnet auf ein Jahr, sind das für einen Durchschnittshaushalt rund 250 Euro zusätzlich. Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch schärfere Vorschriften, etwa bei der Gebäudeenergieeffi-

verlegen kostet mindestens das Fünffache einer herkömmlichen Freileitung. Die Kosten eines Wasserkraftwerks können durch Naturschutzauflagen beliebig in die Höhe getrieben werden. Hier brauchen wir eine ausgewogene Balance zwischen Umwelt- und Akzeptanzaspekten und Wirtschaftlichkeit.

Wir müssen beim EEG Tabus brechen und ernsthaft über eine Überführung dieses wirksamen, aber teuren Instruments in ein effizienteres europäisches Fördersystem nachdenken. Kurzfristig muss eine Explosion der Umlage durch Vergütungssenkungen verhindert werden – nicht nur bei der Photovoltaik.

Für gebotene halte ich eine Senkung oder besser noch die Abschaffung der Stromsteuer, die vor einem Jahrzehnt von der rot-grünen Bundesregierung eingeführt wurde. Das erzieherische Ziel der Ökosteuer wird von dem bevorstehenden Preisanstieg ad absurdum geführt. Der Staat belastet Bürger und Betriebe mit den Kosten des Energiewandels. Es wäre recht und billig, sie bei der Energiebesteuerung zu entlasten.

Vor allem aber wird es Zeit, mit dem Milchkaffee- und Zigarettenpackung-Gerede aufzuhören. Energiepreise haben für sozial schwächere Haushalte genauso wie für energieintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen existentielle Bedeutung. Eine ehrliche Auskunft über die Kosten der „Energiewende“ ist die Politik den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

AUSGEWOGENE BALANCE

Die Ursachen des Preisanstiegs liegen ausschließlich in der Politik. Er wird sich nicht grundsätzlich verhindern lassen. Aber es gilt, verbliebene Stellschrauben zur Dämpfung des Energiepreises zu suchen und zu nutzen.

Wir dürfen den Preis des Energieumbaus nicht unnötig verteuern. Eine neue Höchstspannungsleitung in die Erde zu

verlegen kostet mindestens das Fünffache einer herkömmlichen Freileitung. Die Kosten eines Wasserkraftwerks können durch Naturschutzauflagen beliebig in die Höhe getrieben werden. Hier brauchen wir eine ausgewogene Balance zwischen Umwelt- und Akzeptanzaspekten und Wirtschaftlichkeit.

Wir müssen beim EEG Tabus brechen und ernsthaft über eine Überführung dieses wirksamen, aber teuren Instruments in ein effizienteres europäisches Fördersystem nachdenken. Kurzfristig muss eine Explosion der Umlage durch Vergütungssenkungen verhindert werden – nicht nur bei der Photovoltaik.

Für gebotene halte ich eine Senkung oder besser noch die Abschaffung der Stromsteuer, die vor einem Jahrzehnt von der rot-grünen Bundesregierung eingeführt wurde. Das erzieherische Ziel der Ökosteuer wird von dem bevorstehenden Preisanstieg ad absurdum geführt. Der Staat belastet Bürger und Betriebe mit den Kosten des Energiewandels. Es wäre recht und billig, sie bei der Energiebesteuerung zu entlasten.

Vor allem aber wird es Zeit, mit dem Milchkaffee- und Zigarettenpackung-Gerede aufzuhören. Energiepreise haben für sozial schwächere Haushalte genauso wie für energieintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen existentielle Bedeutung. Eine ehrliche Auskunft über die Kosten der „Energiewende“ ist die Politik den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Martin Zeil, 55, FDP, ist Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie stellvertretender Ministerpräsident seines Landes.